

# Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 15. bis 18. Januar 2018 - Straßburg

[11-01-2018 - 14:02]

## Plenartagung

<a href="#">Debatte mit irischem Premier Varadkar über die Zukunft Europas</a> . . . . .	3
Der irische Premierminister Leo Varadkar ist der erste EU-Regierungschef, der am Mittwochvormittag mit den Europaabgeordneten über die Zukunft Europas debattiert.	
<a href="#">Debatte zur Bilanz des Dezember-EU-Gipfels und zum Brexit</a> . . . . .	4
Die Ergebnisse des Treffens der EU-Staats- und Regierungschefs vom 14.-15. Dezember stehen am Dienstag im Zentrum einer Debatte mit EU-Ratspräsident Donald Tusk.	
<a href="#">Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft Bulgariens: Aussprache mit Premier Borissov</a> . . . . .	5
Der bulgarische Premierminister Boyko Borissov wird den Abgeordneten am Mittwoch die Prioritäten der kommenden EU-Ratspräsidentschaft vorstellen.	
<a href="#">Paket „Saubere Energie“</a> . . . . .	6
Der Energieverbrauch muss bis 2030 um 40% gegenüber dem Niveau von 2005 gesenkt und der Anteil erneuerbarer Energien von 27% auf 35% erhöht werden. So steht es in den Gesetzentwürfen, die am Montag zur Debatte stehen.	
<a href="#">Russische Propaganda in der EU</a> . . . . .	7
Der Einfluss der russischen Propaganda auf die EU-Länder und die mutmaßlichen Versuche Russlands, die Wahlen in einigen EU-Ländern durch Fehlinformationen zu beeinflussen, stehen im Mittelpunkt einer aktuellen Debatte am Mittwochnachmittag.	
<a href="#">Schutz vor Spionage durch autoritäre Regime</a> . . . . .	8
Am Mittwoch stimmt das Parlament darüber ab, ob die EU auch Ausfuhren von Instrumenten für die digitale Überwachung kontrollieren soll, deren Missbrauch laut der Gesetzesvorlage Menschenrechtsverletzungen ermöglicht. Die Debatte findet am Dienstag statt.	
<a href="#">Besserer Schutz der Fischbestände, größere Flexibilität für Fischer</a> . . . . .	9
EU-Vorschriften, die festlegen, wie, wo und wann in der EU gefischt werden darf, stehen am Dienstag zur Abstimmung. Darunter fallen auch Beschränkungen und Verbote für bestimmte Fanggeräte, Fangmethoden und den Fang bestimmter Arten.	
<a href="#">Debatte zu den Protesten im Iran</a> . . . . .	10
Die Abgeordneten werden am Dienstagnachmittag mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini über die bedeutendsten Proteste der Zivilbevölkerung des Iran seit fast einem Jahrzehnt debattieren.	
<a href="#">Weitere Tagesordnungspunkte</a> . . . . .	11
Weitere Themen auf der Tagesordnung	



# Plenartagung

Armin WISDORFF

BXL: (+32) 2 28 40924  
STR: (+33) 3 881 73780  
PORT: +32 498 98 13 45  
EMAIL: [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141  
STR: (+33) 3 881 73603  
PORT: (+32) 498 98 33 32  
EMAIL: [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

Judit HERCEGFALVI

STR: (+33) 3 881 64025  
PORT: (+49) 151 172 57 196

Huberta HEINZEL

STR: (+33) 3 881 74646  
PORT: (+43) 676 550 3126

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/plenary>

## Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(auf Englisch\)](#)
- [EP Newshub](#)
- [EPRS-Plenar-Podcasts zu zentralen Themen](#)

# Plenartagung

## Debatte mit irischem Premier Varadkar über die Zukunft Europas

**Der irische Premierminister Leo Varadkar ist der erste EU-Regierungschef, der am Mittwochvormittag mit den Europaabgeordneten über die Zukunft Europas debattiert.**

Varadkar wird auf Einladung des Parlamentspräsidenten Antonio Tajani und der Konferenz der Präsidenten vor dem Plenum sprechen. Anschließend wird er mit Vertretern der Fraktionen und anderen Abgeordneten über die Zukunft der Europäischen Union diskutieren.

Dies ist die erste einer Reihe von Plenardebatten mit Staats- und Regierungschefs der EU über die Zukunft der Europäischen Union.

*Debatte: Mittwoch, den 17. Januar*

*Pressestatements: Mittwoch, 17. Januar um 12:30, Protokolleingang (-1), mit EP-Präsident Antonio Tajani und Leo Varadkar*

# Plenartagung

## Debatte zur Bilanz des Dezember-EU-Gipfels und zum Brexit

**Die Ergebnisse des Treffens der EU-Staats- und Regierungschefs vom 14.-15. Dezember stehen am Dienstag im Zentrum einer Debatte mit EU-Ratspräsident Donald Tusk.**

Im Mittelpunkt des Gipfels standen die Brexit-Verhandlungen, Migration, die Verteidigungszusammenarbeit und die Reform der Eurozone. Die EU-Staats- und Regierungschefs einigten sich am 15. Dezember darauf, dass bei den Brexit-Verhandlungen "ausreichende Fortschritte" erzielt wurden, um zur zweiten Phase überzugehen. Diese umfasst Gespräche über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich.

Sie begrüßten ferner die Einleitung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) im Verteidigungsbereich und erörterten, wie sichergestellt werden kann, dass die EU über ausreichend Mittel verfügt, um potenzielle wirtschaftliche Schocks zu bewältigen.

*Debatte: Dienstag, den 16. Januar 2018*

*Verfahren: Erklärung des Rates mit anschließender Debatte, ohne Entschließung*

*#Brexit #EUCO @EU2018BG #MigrationEU #EUdefence*

### Weitere Informationen

- [Europäischer Rat, Ergebnisse 14.-15. Dezember 2017](#)
- [Foto/Video/Audiomaterialien](#)

# Plenartagung

## Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft Bulgariens: Aussprache mit Premier Borissov

**Der bulgarische Premierminister Boyko Borissov wird den Abgeordneten am Mittwoch die Prioritäten der kommenden EU-Ratspräsidentschaft vorstellen.**

Die Prioritäten der bulgarischen Präsidentschaft sind:

- die Zukunft Europas und der Jugend;
- eine europäische Perspektive und die Vernetzung der westlichen Balkanstaaten;
- Sicherheit und Stabilität in einem starken und geeinten Europa;
- die digitale Wirtschaft und die Qualifikationen für die Zukunft.

Es ist das erste Mal, dass Bulgarien die Präsidentschaft des Rates der EU innehat.

Am Vortag, am Dienstagvormittag, werden die Europaabgeordneten die Fortschritte bewerten, die die scheidende estnische Präsidentschaft in den vergangenen sechs Monaten erzielt hat.

*Debatten: Dienstag und Mittwoch*

*Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission*

*Pressekonferenz: Mittwoch, den 17. Januar um 12:45 Uhr mit EP-Präsident Tajani, Kommissionspräsident Juncker und Premierminister Borissov*

*@EU2018BG #EU2018BG @EU2017EE #EU2017EE*

### Weitere Informationen

- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende – der bulgarische Vorsitz im Rat der Europäischen Union](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende – der estnische Vorsitz im Rat der Europäischen Union](#)
- [Webseite des bulgarischen Vorsitzes](#)
- [Webseite des estnischen Vorsitzes](#)

# Plenartagung

## Paket „Saubere Energie“

**Der Energieverbrauch muss bis 2030 um 40% gegenüber dem Niveau von 2005 gesenkt und der Anteil erneuerbarer Energien von 27% auf 35% erhöht werden. So steht es in den Gesetzentwürfen, die am Montag zur Debatte stehen.**

Nach der Debatte am Montag ab 17:00 Uhr stimmen die Abgeordneten am Mittwoch darüber ab, ob die Verhandlungen mit dem Rat über die endgültige Form der Gesetzgebung beginnen können.

Die Mitglieder des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie fordern ein verbindliches EU-Ziel für die Energieeinsparung von 40% bis 2030 (d.h. eine Senkung des Primärenergieverbrauchs um 34 % gegenüber 2005). Für den Verkehrssektor müssten mindestens 12% der in jedem EU-Mitgliedstaat verbrauchten Energie aus erneuerbaren Energien wie Sonne oder Wind erzeugt werden.

Wenn das Parlament dem Verhandlungsmandat zustimmt, können die Gespräche mit dem Rat unverzüglich aufgenommen werden, da der Rat bereits am 26. Juni seine allgemeinen Leitlinien zur [Energieeffizienz](#), zum Thema [erneuerbare Energien](#) und zum [Governance-System der Energieunion](#) am 18. Dezember gebilligt hat.

Diese drei Dossiers sind Teil des [Pakets „Saubere Energie“](#), das die Europäische Kommission im November 2016 auf den Weg gebracht hat und das für die Vollendung der [Energieunion](#) von entscheidender Bedeutung ist.

*Debatte: Montag, den 15. Januar*

*Abstimmung: Mittwoch, den 17. Januar*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)*

[#energyunion](#)

### Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(28.11.2017\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(07.12.2017\)](#)
- [Berichtsentwürfe, Änderungsanträge und Abstimmungslisten](#)
- [Standpunkt des Rates zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien](#)
- [Standpunkt des Rates zur Energieeffizienz](#)
- [Standpunkt des Rates zur Energieunion](#)
- [Webseite der Kommission zum Paket „Saubere Energie“ \(auf Englisch\)](#)
- [Webseite der Kommission zur Energieunion \(auf Englisch\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Erneuerbare Energien](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Governance-System der Energieunion](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Energieeffizienz](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)
- [EP-Hintergrundinformationen "Clean Energy in the European Union"](#)

# Plenartagung

## Russische Propaganda in der EU

**Der Einfluss der russischen Propaganda auf die EU-Länder und die mutmaßlichen Versuche Russlands, die Wahlen in einigen EU-Ländern durch Fehlinformationen zu beeinflussen, stehen im Mittelpunkt einer aktuellen Debatte am Mittwochnachmittag.**

Die Abgeordneten warnten bereits 2016 davor, dass der Kreml seit der Annexion der Krim und dem hybriden Krieg im Donbass seine Propaganda gegen die EU verstärkt habe. Sie stellten in einer [Entschließung](#) fest, dass „die russische Regierung eine große Bandbreite an Werkzeugen und Instrumenten einsetzt, darunter Denkfabriken [...], mehrsprachige Fernsehsender (z. B. RT), Pseudo-Nachrichtenagenturen und Pseudo-Multimedienienste (z. B. Sputnik), [...] soziale Medien und Trolle im Internet, um die demokratischen Werte infrage zu stellen, Europa zu spalten, inländische Unterstützung zu gewinnen und in den Ländern der östlichen Nachbarschaft der EU den Eindruck zu erwecken, als hätten sich ihre staatlichen Strukturen aufgelöst.“

Um der Propaganda entgegenzuwirken, schlugen die Abgeordneten vor, die kleine Task Force „Strategische Kommunikation“ der EU zu stärken und mehr in Sensibilisierung, investigativen Journalismus und Informationskompetenz zu investieren.

*Debatte: Mittwoch, den 17. Januar*

*Verfahren: Aussprache über ein aktuelles Thema*

### Weitere Informationen

- [Entschließung zu dem Thema „Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken“ \(23.11.2016\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen „Russia's information war: Propaganda or counter-propaganda?“ \(Oktober 2016, auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Plenartagung

## Schutz vor Spionage durch autoritäre Regime

**Am Mittwoch stimmt das Parlament darüber ab, ob die EU auch Ausfuhren von Instrumenten für die digitale Überwachung kontrollieren soll, deren Missbrauch laut der Gesetzesvorlage Menschenrechtsverletzungen ermöglicht. Die Debatte findet am Dienstag statt.**

Derzeit aktualisiert die EU ihre Vorschriften für Ausfuhrkontrollen von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, um mit neuen Technologien Schritt zu halten und zu verhindern, dass autoritäre Regime ihre Bürger mit Hilfe europäischer Produkte ausspionieren.

Die neuen Vorschriften würden bestimmte digitale Überwachungsinstrumente in die Liste der Gegenstände aufnehmen, deren Ausfuhr durch nationale Behörden genehmigt werden müsste. Dazu gehören Geräte zum Abhören von Mobiltelefonen, zum Hacken von Computern, zur Umgehung von Passwörtern oder zur Identifizierung von Internetnutzern. Güter mit doppeltem Verwendungszweck werden häufig genutzt, um Zivilisten, politische Oppositionelle und Aktivisten auf der ganzen Welt zu unterdrücken.

Die Abgeordneten wollen den Schutz der Menschenrechte stärken und ein "zukunftsicheres" System schaffen, welches ohne Verzögerungen mit neuen Technologien Schritt halten kann.

### Die nächsten Schritte

Die Abgeordneten werden in der 3. Kalenderwoche 2018 in Straßburg das Verhandlungsmandat des Parlaments festlegen. Die Gespräche mit dem Rat können beginnen, sobald sich die EU-Mitgliedstaaten auf eine eigene Verhandlungsposition geeinigt haben.

### Die Fakten

Güter und Technologien, die unter friedlichen zivilen Bedingungen eingesetzt werden können, können auch zum Bau von Massenvernichtungswaffen, für terroristische Anschläge oder zur Erleichterung von Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden. Dazu gehört ein breites Spektrum an Produkten, das von Chemikalien, Toxinen, elektronischen Geräten, Lasern, Navigationstechnologien bis hin zu Nukleartechnik, Robotik und Software reicht. Das derzeitige System stammt aus dem Jahr 2009, und die Ausfuhren werden von den nationalen Behörden kontrolliert und genehmigt. Während des "Arabischen Frühlings" gab es Hinweise darauf, dass europäische Technologie von autoritären Regimen genutzt wurde, um Aktivisten zu unterdrücken.

*Debatte: Dienstag, den 16. Januar*

*Abstimmung: Mittwoch, den 17. Januar*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)*

*#dualuse #HumanRights*

### Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(23.11.2017, auf Englisch\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: Überprüfung der Ausfuhrkontrollen mit doppeltem Verwendungszweck \(Juli 2017, auf Englisch\)](#)
- [Info-Merkblatt der EU-Kommission \(auf Englisch\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)



# Plenartagung

## Besserer Schutz der Fischbestände, größere Flexibilität für Fischer

**EU-Vorschriften, die festlegen, wie, wo und wann in der EU gefischt werden darf, stehen am Dienstag zur Abstimmung. Darunter fallen auch Beschränkungen und Verbote für bestimmte Fanggeräte, Fangmethoden und den Fang bestimmter Arten.**

Der Verordnungsentwurf sieht gemeinsame Maßnahmen in Bezug auf Fanggeräte und -methoden sowie die Zulassung für den Fischfang von Arten für alle EU-Gewässer vor und würde auch maßgeschneiderte regionale Maßnahmen zur Begrenzung unerwünschter Fänge, insbesondere von Jungfischen, ermöglichen.

### Innovative Fangmethoden

Die Abgeordneten des Fischereiausschusses wollen die Vorschläge der Kommission dahingehend ergänzen, dass innovative Methoden wie der Fischfang mittels elektrischer Impulse (der dazu dient, Fische vom Meeresboden in das Netz zu treiben) EU-weit eingesetzt werden können.

Die EU-Mitgliedstaaten müssten die wahrscheinlichen Auswirkungen solcher Geräte auf empfindliche Arten und Lebensräume bewerten.

Die Abgeordneten sind der Ansicht, dass der Einsatz innovativer Fanggeräte mindestens vier Jahre lang getestet werden und "auf höchstens 5% der sich derzeit in diesem Bereich befindlichen Fischereifahrzeuge" begrenzt werden sollte.

Diese Bewertungen werden dann vom Wissenschafts-, Technik- und Wirtschaftsausschuss für Fischerei (**STECF**) ausgewertet.

Das Parlament kann die zuständigen Mitglieder des Fischereiausschusses zusätzlich ermächtigen, Gespräche mit dem Rat über die endgültige Fassung der Rechtsvorschriften aufzunehmen.

*Debatte: Montag, den 15. Januar*

*Abstimmung: Dienstag, den 16. Januar*

*Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (Abstimmung über das Mandat)*

### Weitere Informationen

- [Persönliche Daten des Berichterstatters Gabriel Mato \(EVP, ES\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen über die Überarbeitung der technischen Maßnahmen im Fischereisektor](#)

# Plenartagung

## Debatte zu den Protesten im Iran

**Die Abgeordneten werden am Dienstagnachmittag mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini über die bedeutendsten Proteste der Zivilbevölkerung des Iran seit fast einem Jahrzehnt debattieren.**

Die Demonstrationen fanden in Dutzenden iranischen Städten statt und dauerten ungefähr eine Woche ab dem 28. Dezember 2017. Hunderte von Iranern versammelten sich weitgehend friedlich in Maschhad, der zweitgrößten Stadt des Landes, und skandierten Parolen gegen die wirtschaftliche Not. Die Protestbewegung forderte 21 Tote und Tausende von Verhaftungen.

Im Dezember 2017 [diskutierten die Abgeordneten über die Entscheidung von US-Präsident Trump, die Atomvereinbarung mit Iran nicht zu bestätigen](#). Sie unterstrichen, dass die EU und die übrige internationale Gemeinschaft beabsichtigen, das multilaterale Abkommen einzuhalten und den zweigleisigen Ansatz der Sanktionen in Verbindung mit diplomatischen Verhandlungen weiterzuverfolgen.

*Debatte: Dienstag, den 16. Januar*

*Verfahren: Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission / Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik*

### Weitere Informationen

- [EP-Hintergrundinformationen: "US decertification of the Iran nuclear deal" \(Oktober 2017, auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Plenartagung

## Weitere Tagesordnungspunkte

### Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Umsetzung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen in den Mitgliedstaaten - Bericht: Romana Tomc, *Debatte und Abstimmung Donnerstag*
- Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und internationale Kindesentführungen - Bericht: Tadeusz Zwiefka, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Bekämpfung des Handels mit Frauen und Mädchen zu Zwecken der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft in der EU - Anfrage zur mündlichen Beantwortung, *Debatte Mittwoch*
- Unterstützung der EU für den Friedensprozess in Kolumbien - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Lage in Simbabwe - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *Debatte Dienstag*
- Ernennung zweier Mitglieder des Rechnungshofs – Eva Lindström und Tony James Murphy – Berichte: Indrek Tarand, *Abstimmung Mittwoch*
- Internationale Meerespolitik: Eine Agenda für die Zukunft unserer Weltmeere im Rahmen der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 - Bericht: José Inácio Faria, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Bewirtschaftungs-, Erhaltungs- und Kontrollmaßnahmen für den Übereinkommensbereich der Regionalen Fischereiorganisation für den Südpazifik - Bericht: Linnéa Engström, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Umsetzung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Notwendigkeit einer Reform der freiberuflichen Dienstleistungen - Bericht: Nicola Danti, *Debatte/Abstimmung Donnerstag*
- Umsetzung der makroregionalen Strategien der EU - Bericht: Andrea Cozzolino, *Abstimmung Dienstag*
- Vertrag von Marrakesch zur Erleichterung des Zugangs blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen zu veröffentlichten Werken - Empfehlung: Max Andersson, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung in EU-Handelsabkommen - Anfrage zur mündlichen Beantwortung, *Debatte Dienstag*
- Große Anfrage – Streit zwischen der EU und Norwegen um die Befischung der Arktischen Seespinne in den Gewässern der Inselgruppe Spitzbergen, *Debatte Donnerstag*
- Große Anfrage – Transadriatische Pipeline in Italien, *Debatte Donnerstag*